

Kurzüberblick zum Wahlprogramm

Die Piratenpartei tritt zur Landtagswahl am 27. März an!

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns in Baden-Württemberg.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfes zur Europawahl und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs, dabei konnte sie als neue Partei sofort 2% der Wähler-Stimmen erreichen. Im Europaparlament wird die Piratenpartei durch zwei Abgeordnete der schwedische Schwesterpartei vertreten. Die Piratenpartei Deutschland hat inzwischen Landesverbände in allen Bundesländern. Am 25. November 2007 wurde der **Landesverband Baden-Württemberg** in Karlsruhe gegründet, um die politischen Ziele der PIRATEN auch hier im Land umzusetzen.

Wir engagieren uns in unserem Bundesland vor allem für bessere Bildungschancen, mehr Transparenz in der Politik, mehr Mitbestimmung und für die Wahrung der Grundrechte.

Baden-Württemberg ist eines der erfolgreichsten Bundesländer. Dies betrifft die wirtschaftliche Stärke, die Lebensqualität und den Bildungsbereich gleichermaßen. Wir engagieren uns dafür, dass dies auch unter wirtschaftlich, technologisch und sozial variierenden Rahmenbedingungen so bleibt.

Die Piratenpartei tritt dafür ein, dass alle Menschen an den kulturellen Leistungen der Gesellschaft teilhaben und darauf zum Wohle aller aufbauen können. Dabei ist eine der dringendsten Aufgaben die Nachvollziehbarkeit politischer Prozesse. Für alle Bürger nachvollziehbare Entscheidungen können nur in einem transparenten Staat getroffen werden.

Unser Landeswahlprogramm zeigt Ihnen, wie wir unsere Kernanliegen in der Innenpolitik, im Bildungs- und Medienbereich, im Umwelt- und Verbraucherschutz und in der Sozialpolitik umsetzen wollen.

In Zukunft prägen: Ideen, Wissen und Kultur unsere moderne Informationsgesellschaft zunehmend.

Daher muss der freie Informationsaustausch gefördert und bewahrt werden.

Die folgenden Vorschläge für eine zukünftige Politik in Baden-Württemberg haben wir auf Basis unserer Grundsätze und des Parteiprogramms der Piratenpartei Deutschland erstellt.

Dieser Kurzüberblick führt sie durch die wichtigsten Punkte unseres Landeswahlprogrammes.

Eine starke Demokratie lebt nicht nur von einem transparenten Staat, sondern vor allem von mündigen, informierten Bürgern.

Dieser Kurzüberblick ist ein Auszug aus dem Landeswahlprogramm Baden-Württemberg: <http://www.piratenpartei-bw.de/wahlprogramm/>



**PIRATEN
PARTEI**

Baden-Württemberg 1

Damit alle Bürger mehr Rechte in Anspruch nehmen können, **fordern wir eine direktere Bürgerbeteiligung und weniger Hürden bei Volksbegehren.**

Wir setzen uns zudem dafür ein, jedes zugelassene Volksbegehren grundsätzlich öffentlich im Landtag zu behandeln. Weiterhin wollen wir bei Volksabstimmungen die Abschaffung oder zumindest die Senkung der Mindestzahl an Ja-Stimmen.

Zusätzlich möchten wir den Bürgern Wege ermöglichen, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Dazu gehören auch **öffentliche Petitionen**, die über ein ePetitions-Portal (nach Vorbild des Bundestages) zum gesellschaftlichen Diskurs einladen. Mitzeichnerunterschriften sollen auch online gesammelt werden können.

Wir **Piraten wollen Dokumente offen legen, Beziehungen aufdecken und Tatsachen enthüllen, damit Informationen nicht als Machtinstrument missbraucht werden können.**

Nur ein **offener Umgang mit staatlichen Informationen in allen Bereichen**, auch in Bezug auf Nebeneinkünfte von Politikern, sowie bei der Finanzierung von Großprojekten, kann **das Vertrauen der Bürger in die Politik wiederherstellen.**

Wir wollen ein **Vergaberegister** schaffen, mit dessen Hilfe bereits auffällig gewordene Firmen künftig von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Diese Informationen sollen nicht nur Behörden zur Verfügung stehen, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit.

Um die Entstehung von Gesetzen nachvollziehen zu können, wollen wir in einer **transparenten Gesetzgebung** schon die Referentenentwürfe von Gesetzen sowie das Ergebnis der Verbändeanhörung öffentlich machen. Jeder Bürger soll Stellung zu Gesetzesvorhaben nehmen können. Wir wollen verhindern, dass Vertreter von Verbänden oder Unternehmen Gesetze schreiben.

Für die Haushaltspläne der Kommunen wollen wir die Pflicht zur Veröffentlichung der Entwürfe und der verabschiedeten Haushaltssatzung einschließlich des Stellenplans in der Gemeindeordnung verankern.

Unser aktuelles Landesdatenschutzrecht orientiert sich noch an der überkommenen Vorstellung, dass Datenverarbeitung an einer zentralen Stelle stattfindet. Deswegen wollen wir es durch ein an die gesellschaftliche Entwicklung angepasstes Datenschutzrecht modernisieren. Das überarbeitete Gesetz muss sich an den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätzen orientieren. Dazu gehört neben dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch das Vertraulichkeits- und Integritätsgrundrecht. Es soll außerdem transparenter gestaltet werden, indem wir unnötige Spezialregelungen entfernen.

Das in Baden-Württemberg übliche Wahlsystem bei Landtagswahlen mit einer gemeinsamen Stimme für Partei und Direktkandidat benachteiligt kleine Parteien. Um landesweit wählbar zu sein, muss eine Partei in jedem Wahlkreis Direktkandidaten aufstellen.



Stattdessen möchten wir wie im Bund und in den meisten anderen Bundesländern ein Wahlsystem mit zwei getrennten Stimmen einführen. Dieses ist so zu gestalten, dass es nicht länger zu negativen Stimmgewichten kommen kann.

Ein weltlicher und demokratischer Staat steht für die **Achtung von Menschen unabhängig von ihren religiösen Ansichten**. Wir fordern ein Bekenntnis zu allgemeingültigen Werten, auf denen die Gesellschaft aufbaut, statt des spezifischen Religionsbezugs.

Der Eintritt, Austritt und Wechsel zwischen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften muss kostenlos möglich sein.

Wo Menschen unterschiedlich Glaubens zusammenleben, müssen auch staatliche Bildungseinrichtungen weltanschaulich neutral sein.

Der bisher in Landesverfassung und Schulgesetz vorhandene Religions- und Gottesbezug sollte deswegen gestrichen werden.

Der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen ist im Interesse aller. Deshalb ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und gebührenfrei zur Verfügung zu stellen: **Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und in eine stabile Demokratie.** Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein. Aus diesem Grund befürworten wir die Lehrmittelfreiheit und den verstärkten Einsatz von lizenzfreien Werken zur

Vermittlung von Wissen.

Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der individuellen Entwicklung. Daher soll gerade institutionelle Bildung den Einzelnen darin unterstützen, persönliche Stärken und Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster, z.B. Kopfnoten, lehnen wir ab.

Wir fordern die Demokratisierung des Bildungsbereichs auf allen Ebenen der Schul- und Bildungslandschaft durch weiterführende Persönlichkeitsrechte von Auszubildenden, Praktikanten, Trainees, Schülern, Studenten und Lehrenden.

Wir wollen erreichen, dass sich durch umfassende und kostenfreie Bildungsangebote mehr Menschen als bisher an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Kinder in der Grundschule leichter lernen und sich besser in einer Gruppe zurechtfinden. **Deshalb wollen wir es aus Landesmitteln ermöglichen, dass der Besuch von Kindergärten und -krippen bereits nach dem ersten Lebensjahr für jedes Kind kostenlos angeboten wird.** Damit erhalten alle Kinder, unabhängig von ihrem familiären und gesellschaftlichen Hintergrund, möglichst gleiche Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg. Staatliche Bildungseinrichtungen müssen Familien dabei helfen, Anforderungen des Familien- und



Berufslebens gerecht zu werden. Dafür soll mit Landesunterstützung **an allen Bildungsinstitutionen Ganztagesbetreuung bereitgestellt werden**. Neben schulischen Aktivitäten soll ein möglichst breites Feld an kulturellen oder sportlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Vereinen ausdrücklich erwünscht.

Wir fordern die Einführung vollwertiger Schulspeisungen an allen Schulen und Kindertagesstätten. Die Finanzierung ist so zu gestalten, dass alle Kinder unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie diskriminierungsfrei daran teilnehmen können. Eine gesunde Ernährung ist schon aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der damit einhergehenden Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig. Schulspeisungen können dazu beitragen, dass sich Kinder ausgewogen ernähren und den Anforderungen des Alltags besser entgegen treten können.

Die gelebte Vermittlung der Grundprinzipien unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsform ist eine unter vielen weiteren Aufgaben staatlicher Bildungseinrichtungen. An allen baden-württembergischen Schulen sollen deshalb schrittweise Klassenräte und Schülerparlamente eingeführt werden. Durch die frühe Möglichkeit, sich an (schul-)politischen Entscheidungen zu beteiligen und Themen zu erarbeiten, wollen wir auch der Politikverdrossenheit unter Jugendlichen vorbeugen und Demokratie erlebbar machen.

Wir wollen eine flexible und modulare Unterrichtsstruktur einführen, da Untersuchungen zeigen, und schlagen grundlegende Veränderungen der Rahmenbedingungen im derzeit weitestgehendem dreigliedrigem Schulsystem vor. Weitere alternative Schulkonzepte müssen in Baden-Württemberg möglich sein und parallel zu den bisherigen Schulformen existieren dürfen. Den Bildungseinrichtungen sind hier auf Wunsch von Eltern, Schülern und Schülerrägern durch eine entsprechende Reform des Landesschulgesetzes mehr Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen.

Zum Landeshochschulgesetz fordern wir das Politisch Mandat für verfasste Studierendenschaften und damit die **Aufhebung des Verbots zur studentischen Selbst- und Mitbestimmung.**

Studieninhalte an Wirtschafts- und Standortanforderungen anzupassen, lässt keinen Raum mehr für interessenorientiertes Studieren und unabhängiges Forschen. Deshalb fordern wir die Rückkehr zum selbstbestimmten Lernen, statt starrer Vorgaben und verschultem Modulstudium.

Auch die bisherige Unterteilung im Bildungssystem in Schularten und Klassenstufen ist zu unflexibel, um bereits auf die Leistung und Lernfähigkeit von Schülern eingehen zu können. Wir fordern daher die **Einführung eines differenzierten, integrierten Kurssystems in den Regelschulunterricht.** Die Schüler können in flexibler Reihenfolge in den unterschiedlichen Gebieten in Pflicht- und Wahlkursen belegen. Anstelle der Wiederholung einer



ganzen Klassenstufe tritt bei unzureichenden Leistungen die Wiederholung, des entsprechenden Kurses, gegebenenfalls auf einem anderen Niveau oder mit anderen Fördermöglichkeiten. Unser Ziel ist die gemeinsame Förderung schwächerer und leistungsstärkerer Schüler.

Die zügige Umsetzung der festgesetzten Bildungsstandards auf Bundes- und Länderebene muss angesichts der derzeit herrschenden Missstände im deutschen Bildungssystem stattfinden. Dabei können die Vorteile des föderativen Schulsystems mit denen eines zentral geregelten Bildungssystems durch mehr Richtlinienkompetenzen des Bundes verbunden werden. Nur so kann die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, einen effektiven Strukturausgleich und echte Freizügigkeit innerhalb Deutschlands garantiert werden.

Ein verbesserter **Betreuungsschlüssel**, hat sowohl individuelle Förderung im Unterricht als auch klassenübergreifende Betreuung bei besonderen Ansprüchen der Schulumgebung und damit leichteres Lernen und Lehren zum Ziel. Dazu gehört die Schaffung neuer Lehrerstellen und eine angemessene Fort- und Weiterbildung der Lehrer und Betreuer.

Wir unterstützen, dass staatliche Bildungseinrichtungen verstärkt fächerübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bildungs- und Erziehungsbereichen einführen. Denn Internet und moderne Medien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzu-denken.

Die Berliner Erklärung der Open-Access Bewegung muss umgesetzt werden. **Wir verlangen die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access.** Wir sehen es als Aufgabe der Landesregierung an, dieses Prinzip an den von ihr finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen. Zudem setzen wir uns für den Einsatz von freier Software an Schulen ein. Wir wollen dadurch erreichen, dass an Bildungseinrichtungen vermehrt Lehrmittel mit freien Lizenzen und kostenlose Online-Angebote verwendet werden. Auch setzen wir uns für eine verstärkte Förderung von **subkultureller Kunst und subkulturellen Lebensweisen** ein.

Das Land Baden-Württemberg soll Kulturschaffende besser vernetzen. Hierbei geht es in erster Linie um die Bereitstellung und Instandhaltung von Räumlichkeiten, die für künstlerische Betätigung und Veranstaltungen genutzt werden können. Eine flächendeckende Verbreitung von nicht-kommerziellem Lokalrundfunk und **freien Radios** bei der Frequenzvergabe soll verstärkt berücksichtigt werden.

Auch das **Tanzverbot** schränkt die Freiheit des einzelnen ein wird durch das „Gesetz über die Sonn- und Feiertage“ geregelt. Es muss abgeschafft werden.

Derzeit sind die **öffentlich-rechtlichen Medienanstalten** nicht frei vom Einfluss der Politik. Kein Mitglied des Verwaltungs- oder des Rundfunkrates darf Mitglied der Regierung oder des Landtags sein. Überwiegend aus deutschen



Rundfunkgebühren finanzierte Inhalte dienen der Versorgung des Bürgers mit unabhängiger Berichterstattung. Deshalb sollen sie unter freie Lizenzen gestellt, zeitlich unbegrenzt verfügbar sein und die GEZ als Behörde abgeschafft werden.

Zusammen mit den Bildungseinrichtungen, den Erziehungsberechtigten und vor allem auch mit betroffenen Kindern und Jugendlichen müssen bewährte **Mechanismen zum Jugendschutz für das digitale Zeitalter** angepasst werden. Der freie Zugang zu Kunst und Kultur muss gewährleistet bleiben. Zur kulturellen Vielfalt zählen dabei ausdrücklich auch Computerspiele. Nicht populistische Verbote, sondern präventive Maßnahmen stärken den verantwortungsvollen Umgang mit elektronischen Medien. Wir lehnen das von der Innenministerkonferenz geforderte generalisierende Verbot zur Herstellung und Verbreitung von Computerspielen strikt ab.

Bildung und Kultur sollen für alle offen zugänglich sein. Deshalb planen wir die **Abschaffung der Jahresnutzungsgebühren für Landesbibliotheken**, sowie die konsequente Digitalisierung der Werke die vergriffen oder nicht mehr durch Verwertungsrechte geschützt sind. Sie sollen unter einer freien Lizenz veröffentlicht und im Internet der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden.

Wir setzen uns für die **Förderung von offenen Arbeitsstrukturen** wie Hackerspaces und Co-Workingspaces ein. Es handelt sich dabei um offene Räume für Wissenschaft, Technik und Kunst, die von mehreren Gruppen oder Personen zum

gemeinsamen Arbeiten genutzt werden. Leiharbeit stellt für die Wirtschaft ein sinnvolles und notwendiges Instrument dar um Auftragsspitzen zu bewältigen. Dabei dürfen Leiharbeiter keine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können.

Wir planen, die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen.

Unsere Sozialsysteme müssen sich an den gesellschaftlichen Wandel anpassen. Die Grundlage integrierter Sozialberichterstattung soll die persönliche Betrachtung der Sozialräume und die Erfahrung der Menschen vor Ort sein.

Die Sammlung und Auswertung von Daten unter Missachtung der **informati-onellen Selbstbestimmung**, beispielsweise durch Zensus oder Volkszählung, lehnen wir ab. Die Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums für alle müssen verbessert werden. Die Innenstädte gehören auch spielenden Kindern und Jugendlichen. Wir möchten den Gebrauch öffentlicher Gebäude und Plätze durch Bürgervereinigungen, Vereine und Kulturgruppen fördern.

Zur **Prävention von Gewalt und gesellschaftlichen Problemen**, bedarf es dabei besonders der flächendeckenden Tätigkeit pädagogisch-psychologischer Fachkräfte in diesen Einrichtungen.

Wir bekennen uns zur offenen Jugendarbeit und zur **Arbeit der Jugendverbände** in Baden-Württemberg.



Der Landesjugendplan muss angesichts des wachsenden Bedarfs eine bessere Förderung von Jugendfreizeiten und für die Fortbildung der Jugendleiter vorsehen.

Die **elektronische Gesundheitskarte** und die baden-württembergischen „Modellprojekte“ hierzu müssen wir ablehnen. Wir stehen für Transparenz im Gesundheitswesen.

Dagegen ist eine umfassende Speicherung sensibler Patientendaten in zentralen Datenbanken ein erhebliches Risiko für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

Angesichts seelischer Erkrankungen als Folge von zunehmendem Stress und Leistungsdruck wollen wir die vernachlässigten psychiatrischen Landeskliniken besser ausstatten. In diesem Zusammenhang soll sich auch die Gesundheitsforschung stärker mit den krankmachenden Faktoren in der Arbeitswelt beschäftigen.

Wir setzen uns für Forschung, Entwicklung und Evaluation neuer Früherkennungsmethoden und Präventionsmaßnahmen gegen Krankheiten ein und wollen dabei auch den Bestand und den Umfang staatlicher Kliniken im Land, und damit die medizinische Versorgung der Bevölkerung, erhalten und ausbauen. Dabei soll dem Aufbau des baden-württembergischen Krebsregisters hohe Priorität eingeräumt werden.

Die fachgerechte Versorgung von Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen, muss bei Nacht- wie Tagdiensten immer

mit mindestens zwei Personen besetzt sein, davon mindestens eine Pflegefachkraft.

Wir lehnen die sogenannte Telemedizin, ohne persönlichen Kontakt zum Arzt, als billigen Ersatz für eine angemessene ärztliche Betreuung im ländlichen Raum ab.

Die Piratenpartei Baden Württemberg spricht sich für eine individuelle, ganzheitliche Pflege dementiell erkrankter Menschen durch geschulte Betreuer aus.

Wir sind für eine neue Drogenpolitik. Das nächtliche Verkaufsverbot für Alkohol ist wirkungslos, da Alkohol auch auf Vorrat erworben werden kann oder das Verbot auf andere Art umgangen wird. So muss auch der Gebrauch von Cannabis entkriminalisiert werden. Die Führerscheininhaber unter den Cannabiskonsumenten sollen durch den Entzug der Fahrerlaubnis nicht härter bestraft werden als andere Verkehrssünder. Wir möchten die Anbindung der Drogensubstitution an Krankenhäuser erreichen, um so eine Bildung von sozialen Brennpunkten und den sozialen Druck auf einzelne Ärzte zu reduzieren.

Wir setzen uns **für eine Sicherheitspolitik ein, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert** und nicht an den Kontrollvorstellungen eines übermächtigen Verwaltungsapparates. Dazu gehört auch, dass Bürger die Möglichkeit haben, die Aktivitäten von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz demokratisch zu kontrollieren. Wir sind dagegen, Grundrechte des Menschen unverhältnismäßig einzuschränken,



Bürger ohne konkrete Verdachtsmomente zu durchsuchen, persönliche Daten von Personen festzuhalten, zu sammeln und öffentliche Räume mit Videokameras zu überwachen. Die von der Landesregierung geplanten Verschärfungen des Versammlungsrechts bedrohen die freie öffentliche Meinungsäußerung. Deshalb **lehnen wir den allgemeinen und präventiven behördlich angeordneten Einsatz von Überwachungstechnologie bei Demonstrationen ab**. Bei verdachtsunabhängigen Personenkontrollen, z.B. bei der Schleierfahndung, werden häufig Menschen basierend auf ihrem Aussehen, ihrer vermuteten ethnischen Herkunft oder Religion zur Kontrolle ausgewählt. **Wir lehnen die Vorverurteilung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ab**.

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantiert das Recht auf Freizügigkeit. Deutschland ist der einzige Staat in Europa, der dieses für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge einschränkt. Ähnlich wie bereits in Bayern und Brandenburg **wollen wir daher auch in unserem Bundesland die Residenzpflicht lockern**.

Wir lehnen die verdachtsunabhängige, flächendeckende, automatisierte Kennzeichenerfassung zum Abgleich mit Fahndungsdaten ab; sowie kategorisch die Erfassung biometrischer Daten ohne Anfangsverdacht und deren Speicherung ohne nachgewiesene Straftat. Videoüberwachung kann Straftaten nicht verhindern.

Das **Gewaltmonopol des Staates darf nicht an Privatfirmen delegiert werden**. Aufgaben der Polizei und des Strafvollzugs müssen vollständig in staatlicher Hand bleiben, ohne den Einsatz von Hilfskräften im Polizeidienst. Die Ausbildung und Ausstattung der Polizei für die Strafverfolgung im Internet muss verbessert werden. Eingriffe in private Kommunikation, etwa das Mitlesen von E-Mails, dürfen nur nach richterlicher Anordnung möglich sein. Das Einschleusen von Software in private Computer lehnen wir vollständig ab.

Wir wollen die Verbreitung von Bildern und Videos, die Kindesmissbrauch zeigen, wirksam verhindern. Deswegen muss die Polizei in der Lage sein, Beweise gerichtsfest zu sichern und **unverzüglich die Löschung solcher Bilder und Videos von den Servern zu veranlassen**. Bei geplanten Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Einsätzen bei Sportereignissen **sollen Polizisten eine eindeutige Identifikationsnummer tragen**. So ist deren spätere Identifikation möglich.

Eine neu einzurichtende unabhängige Behörde soll in Fällen von Beschwerden oder Strafanzeigen gegen Polizeibeamte die Ermittlungen übernehmen. Diese unabhängige Kontrollinstanz um das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken. Um die **Unabhängigkeit der Justiz** und den Rechtsstaat zu stärken, wollen wir die Landesregierung gesetzlich verpflichten, von ihrem Weisungsrecht gegenüber den Landesstaatsanwälten keinen Gebrauch mehr zu machen.



Staatsanwaltschaften hebeln zunehmend, die im Rechtsstaat verankerte **Unschuldsvermutung** zu Lasten des Bürgers aus. Dienst- und strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten müssen gegenüber Staatsanwälten bei entsprechenden Verstößen verschärft werden.

Der Einsatz von Informationstechnologien in der Verwaltung erlaubt es Privatpersonen und Unternehmen, Amtsgeschäfte, auch außerhalb der Arbeitszeiten, abzuwickeln. Im Falle von sensiblen Daten besteht die Gefahr missbräuchlicher Datennutzung. **Im Bereich des eGovernment ist es deshalb wichtig, die Prinzipien Datensparsamkeit und Datenvermeidung zu beachten, um die Gefahr des Datenmissbrauchs einzuschränken.**

Der Zugang zu veröffentlichten Informationen darf nicht von Computersystemen und spezieller Software abhängig sein. Wir werden dafür sorgen, dass die Verwaltungen des Landes und der Kommunen vollständig auf offene und standardisierte Dateiformate umsteigen. Bei freier Software entfallen die Kosten für Lizenzgebühren.

Das Widerspruchsverfahren gegen Behördenentscheidungen als Vorstufe zur Klage vor dem Verwaltungsgericht muss beibehalten werden, um das Justizsystem vor unnötiger Überlastung zu bewahren und ein flexibles und bürgernahes Handeln der Behörden weiterhin zu ermöglichen.

Wir setzen uns **für Waffengesetze ein, welche die sorgfältige Aufbewahrung von Schusswaffen regeln** und dadurch die Sicherheit aller Bürger gewährleisten.

Wir stehen für das **Prinzip der Nachhaltigkeit.** Darunter verstehen wir die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen so nutzt und bewahrt, dass diese auch den nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehen und der Artenreichtum unseres Planeten dauerhaft erhalten bleibt. **Hierzu ist ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit den Naturressourcen und ihre faire Verteilung erforderlich.** Aufgrund der hohen Anzahl an Industriebetrieben in Baden-Württemberg ist eine gesicherte Energieversorgung besonders wichtig. Diese wird derzeit zu einem überdurchschnittlich großen Teil aus Kernenergie bestritten. **Die Abhängigkeit von Großkraftwerken kann überwunden werden durch lokale Energiegewinnung aus umweltfreundlichen Quellen.** So streben wir eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als auch im Wärmemarkt an. Durch verstärkte Forschungsanstrengungen sollen Verbesserungen erreicht und die Gesamtkosten weiter gesenkt werden.

Bei **nachwachsenden Ressourcen** müssen Verbrauch und Regeneration im Gleichgewicht sein und bei nicht nachwachsenden ist eine Kreislaufwirtschaft oberstes Ziel.



Erfolgreiche Umweltpolitik ist nur möglich wenn die Interessen diverser gesellschaftlicher Gruppen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Politikbereiche berücksichtigt werden. Dazu gehört besonders die Verbindung der Umweltpolitik mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der Gesundheitspolitik, der Landwirtschaft und der Energiewirtschaft. Hierfür ist der freie und **nutzerfreundliche Zugang zu Umweltinformationen** eine wichtige Voraussetzung.

Wir setzen uns für eine verstärkte und vielfältige Nutzung der lokalen Landwirtschaft zur Energieerzeugung ohne Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, die zu einer Verknappung von Lebensmitteln in anderen Teilen der Erde führen, ein.

Bei der Bewertung neu zu errichtender Anlagen müssen Kosten für jeden Bürger transparent dargestellt und die Risiken sämtlicher Formen der Energiegewinnung berücksichtigt werden.

Um **Netzneutralität bei Energienetzen zu garantieren**, streben wir eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energienetz-Infrastruktur an. Dazu gehört, die Netze zu einem großen Teil in die öffentliche Hand zu geben.

Baden-Württemberg spielt als Standort von fünf Kernkraftwerksblöcken in Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim eine besondere Rolle bei Entscheidungen über die Zukunft der Kernenergie in Deutschland.

Am beschlossenen Atomausstieg muss festhalten und der Import von Atomstrom reduzieren werden.

Wir setzen uns für Energie- und Ressourceneinsparung ohne Verringerung von Lebensqualität ein, durch intelligente Steuerung des Energieeinsatzes in Produktion, Gebäuden, der Straßenbeleuchtung und im Autoverkehr.

Ressourcen- und energiesparende Technologien, müssen im IT- und Kommunikationsbereich durch Green IT gefördert werden. Auch kommunale Gebäude sollen enger mit der Energiegewinnung Verbunden werden. Das Ziel dabei ist, den Eigenverbrauch zu decken und Überschüsse ins öffentliche Netz einzuspeisen.

Die bisherige **Landschaftsplanung** teilt öffentliche Räume starr in nutzbare und geschützte Räume ein. Wir setzen uns für ein flexibleres Schutzkonzept ein. Landschaftsplanung muss langfristig angelegt sein und darf nicht kurzfristigen Zielen einzelner Kommunen oder Regionen zum Opfer fallen.

Landwirtschaft in unserem Bundesland hat nur eine Zukunft, wenn sie auf Qualität statt Quantität setzt. Eine Reform der EU-Agrarsubventionen zur Lebensmittelerzeugung muss primär auf den regionalen Markt setzen, mit gesunden und nachhaltig produzierten Produkten. Wir setzen uns für die Sammlung, Pflege und Weiterentwicklung tradierter Genbestände ein und unterstützen nachdrücklich eine ethisch verantwortete Grundlagenforschung im Bereich der Genetik. **Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab** und setzen uns dabei für



die **Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt** ein. Schadstoffe aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft in natürliche Lebensräume müssen reduziert, natürlich vorhandene Trinkwasservorräte erhalten und gepflegt werden. Wir stellen uns gegen alle Versuche, Wasser für die Alltagsversorgung zu einer Handelsware in privatem Besitz zu machen. **Energie effiziente, emissionsarme und raumschonende Mobilität im Interesse der Gesundheit aller ist ein wesentliches Ziel piratiger Umweltpolitik.** Wir setzen uns im Interesse der Gesundheit aller Einwohner für die Förderung des ÖPNV, für die Förderung der Schiene im Gütertransport, für regionale Wirtschaftskreisläufe ohne lange Transportwege und für neue Konzepte im Individualverkehr ein.

Wir unterstützen Verbraucherzentralen in ihrer Ablehnung des „gläsernen Konsumenten“ und bei der Verteidigung der Datenschutzinteressen der Verbraucher. Wir fordern deshalb die Schaffung eines frei zugänglichen Informationssystems für den Zugang zu den Ergebnissen von Lebensmittelkontrollen und Hygienevorschriften, um den Verbraucher zusätzlich zum Informationssystem im Internet direkt vor Ort zu informieren. Wir fordern eine einheitliche Kennzeichnung von Nährwertangaben auf feste Portionsgrößen von 100g/ml, um Irreführungen durch die Lebensmittelindustrie vorzubeugen.

Durch die Einführung des Verbandsklagerechts im Landesnaturschutzgesetz, sollen Umweltschutzverbände gestärkt werden,

Das Umweltinformationsgesetz Baden-Württemberg soll, durch ein Portal mit übergreifender Suchfunktion auf Daten mit Zugriffsmöglichkeiten für jeden Bürger, umfassend erweitert werden.

Wir fordern die Unabhängigkeit der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, damit sie ihre Aufgaben als zentrale Einrichtung zur Erhebung, Sammlung, Auswertung und Veröffentlichung von Umweltdaten wahrnehmen kann.

Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik gehört unter anderem der Ausbau klimafreundlicher Verkehrsangebote und die Schaffung städtischer und ländlicher Verkehrsinfrastrukturen, welche die Lebensqualität verbessern. Die Zusammenarbeit über kommunale, regionale und staatliche Grenzen hinaus ist dabei zu intensivieren.

Der öffentliche städtische Raum wird dominiert von Autos und Verkehrsschildern. Andere Teilnehmer am städtischen Leben müssen sich notgedrungen anpassen. Wir möchten diese Dominanz einschränken. Das Konzept des Shared Space ist eine geeignete Basis dafür. Sie wird eingerichtet in Bereichen, die vom Durchgangsverkehr gut umfahrbar sind **Wir wollen in ländlichen Gebieten ein besseres Mobilitätsangebot schaffen,** das neben einer Ausweitung des Linienebus- und Schienennahverkehrs auch durch bedarfsorientierte Verkehrsmittel wie Anrufsammeltaxen oder Kleinbusse unterstützt wird. Mit dem Ziel, Mobilität und damit gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen, werden bestehende



Bürgerbusprojekte unterstützt und neue Projekte gefördert, besonders Städte und Regionen die eine Schienenverbindung von Stadt und Land zwischen Straßen- und Regionalverkehr anstreben.

Durch einen zügigen Ausbau der Zulaufstrecken auf die neue Alpentransversale, insbesondere der Rheintalbahn (Karlsruhe-Basel) und Gäubahn (Stuttgart-Singen-Zürich), wollen wir dem hohen Anteil an Gütertransitverkehr auf der Schiene gerecht werden.

In der Wirtschaftspolitik setzen wir uns für **fairen Wettbewerb, die Förderung von Innovationen**, sowie gegen privatwirtschaftliche Monopole und übermäßige staatliche Regulierung der Unternehmen ein.

Landesbanken werden zu höchstmöglicher Transparenz verpflichtet, so dass Anleger Transaktionen nachvollziehen können. Ausschreibungen des Landes müssen leistungsgerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen als Kriterien berücksichtigen. Bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten sollen frühzeitig alle relevanten Informationen veröffentlicht und die Bürger frühzeitig beteiligt werden. Wir treten nachdrücklich für regionale Wirtschaftskreisläufe ein, insbesondere in der Lebensmittelversorgung. Daher fordern wir klare und nachvollziehbare Herkunftskennzeichnungen sowie eine Entbürokratisierung der Selbstvermarktung in der Landwirtschaft. Breitband-Internetzugänge sind so wie Strom- und Wasserversorgung allen Bürgern verfügbar zu machen.

Subventionen sollen nur noch dort eingesetzt werden, wo wichtige wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Steuerprüfer unabhängig arbeiten können. Die Prüfzeiten sollen in Großbetrieben ausgeweitet und die Umsatzsteuerprüfungen durch Bereitstellung von Steuerprüfern des Landes gestärkt werden.

Neue Strukturen für die Beteiligung auf möglichst bürgernaher Ebene sind für einen fairen Ausgleich der kommunalen Interessen nötig. Möglich wird das durch die Einführung von **Bürgerhaushalten, in denen die Bürger direkt über die Verwendung von Haushaltsmitteln mitentscheiden können.** Spekulationen der Kommunen werden durch die Verschärfung des Spekulationsgesetzes eingeschränkt.

Geobasisdaten sind die Grundlage für jede Planung in den Bereichen Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung. **Da Geobasisdaten und (Software-)Werkzeuge zur Verarbeitung der Daten aus Steuermitteln erarbeitet werden, möchten wir sie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen und unter freien Lizenzen veröffentlichen.** Mit Hilfe von interaktiven Karten und Pinnwänden vor Ort und im Internet wollen wir den Einwohnern die Möglichkeit geben, ihr Wissen und ihre Bedürfnisse direkt an Politik und Verwaltung weiterzugeben. Damit werden sie stärker eingebunden und die Arbeit der Behörden nachvollziehbar.

